



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Preitzelle 20 Pfennig, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Verwaltungsregister.

Inhalt: Mitteilungen des Vorstandes. — Aus der Unfallstatistik. — Die Tarifbewegung des Stuttgarter Steindruckerei-Hilfspersonals. — Aus Düsseldorf. — Wirtschaftliche Rundschau. — Rundschau. — Literatur. — Versammlungskalender. — Adressenveränderungen. — Anzeige.

Beilage: Die deutschen Arbeitersekretariate im Jahre 1908. (Schluß.) — Korrespondenzen (Mugsburg, Dresden, Leipzig, Blauen i. B.). — Rundschau.

Mitteilungen des Vorstandes.

Für die am Sonnabend, den 3. Juli ablaufende Woche ist die Beitragsmarke in das 26. Quittungsbuch des Mitgliedsbuches zu legen.

Um den Ortskassierern die pünktliche Ablieferung der Abrechnung an die Hauptkasse zu ermöglichen, ersuchen wir etwaige mit Beiträgen im Rückstande befindliche Mitglieder dringend, bis zum 3. Juli ihre Beitragsreste zu begleichen.

Mitglieder, die mehr als 4 Beitragsreste haben, verlieren ihre Ansprüche auf jede Unterstützung. Die Verwaltungen sind gehalten, solche Mitglieder, die über die zulässige Zeit hinaus restieren, aus der Mitgliederliste zu streichen.

Die statistischen Karten sind von den Verwaltungen bis spätestens 10. Juli einzusenden.

Achtung! Achtung!
Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen!

In der Schußverbands-Firma Huber, Fordan & Körner in Nürnberg sind ernsthafte Differenzen ausgebrochen, was wir bei Arbeitsangeboten nach dort hin zu beachten bitten.

Der Vorstand.
J. A. Paula Thiede, Vorsitzende.

Aus der Unfallstatistik.

Die technische Entwicklung hastet mit Riesenschritten vorwärts. Wo vor wenigen Jahren oder Jahrzehnten noch nicht daran zu denken war, daß jemals was entstehen könnte, was die rührigen Hände des Menschen verdrängen und ersetzen würde, da macht sich heute, nach kurzem aber umso überwältigenderem Siegeszuge ein „eiserner Kollege“ nach dem andern breit. Die Arbeiterschaft stellt sich solchen technischen Entwicklungen nicht feindlich gegenüber, sondern sie fördert die Produkte des menschlichen Erfindungsgeistes, wo immer es sein mag, sobald sie erkannt hat und davon überzeugt ist, daß eine solche Förderung im Interesse des Gesamtvolkes gelegen ist.

Eng verbunden aber mit dem Fortschreiten der technischen Entwicklung ist das Ueberhandnehmen der Unfälle in der Industrie. Geradezu grauenvolle Zahlen enthält da die Unfallstatistik. In den 20 Jahren von 1886 bis 1905 betrug die Gesamt-

zahl der entsehbigen, also der schwereren Unfälle weit über einundneinhalb Millionen (genau: 1 555 860). Davon hatten 132 079 den Tod zur Folge, 809 222 brachten über die davon Betroffenen dauernde Erwerbsunfähigkeit (davon 37 949 völlige, 771 273 teilweise andauernde und 614 614 vorübergehende). An diesen gewaltigen, sich jährlich steigenden Zahlen bildet die fortschreitende Benutzung von Arbeitsmaschinen die alleinige Ursache. Das ist eine sehr trübe Begleiterscheinung des Fortschrittes, der aber keineswegs im Wesen desselben liegt, sondern ganz andere Ursachen hat: es sind die Ausbeutungsgelüste des Kapitals, die das erdrückende Gros der Unfälle zur Folge haben. Der Mensch, der eine Maschine bedient, ist nicht mehr der Herr, sondern die Maschine bestimmt den Arbeitsgang, die Intensität der Arbeit. Der Mensch ist nur noch Sklave der Maschine. Er muß tun, was diese ihm gebietet, vom frühen Morgen bis zum späten Abend. Und wenn er, aus Ueberanstrengung, aus Uebermüdung ob des rasenden Arbeitsprozesses, die Herrschaft über seinen eigenen Willen verliert, dann kann er von grenzenlosem Glück reden, wenn diese Sekunden nicht genügt haben, ihm entweder das Lebenslicht auszublasen oder doch zum Krüppel zu machen. Die Arbeitsmaschinen gleichen einem Ungehener, das heimtückisch gerade dann zuschnappt, wenn man seiner — auch nur für den Bruchteil eines Augenblicks — nicht achtet. Da ist es denn auch sehr leicht erklärlich, daß der menschliche Geist sich abmüht, die Gefährlichkeit der Arbeitsmaschinen zu vermindern durch das Anbringen von allerhand Schutzvorrichtungen und durch das Erlassen von allerlei Schutzbestimmungen.

Aber all diese Sachen sind nur Palliativmitteln, die wohl einen gewissen Einfluß auf die Höhe der Unfallziffern auszuüben vermögen, die aber nie instande sein werden, den Arbeitern, also den Opfern der Gefährlichkeit der Maschinen, wirklichen und durchgreifenden Schutz vor Unfällen zu bringen. Einen wirklichen Unfallschutz kann man nur in einem Aufhalten der rapide steigenden Arbeitsintensität erblicken. Der Arbeiter muß in der Lage sein, seine Nerven beim Arbeitsprozeß mehr zu schonen, als es ihm heute möglich ist. Das hat Umbreit recht treffend in seiner Broschüre „Die Arbeiterschutz-Gesetzgebung“ zum Ausdruck gebracht, wo er u. a. sagt: „Was kann die Unfallverhütung in diesem wahnsinnig gesteigerten Betriebssystem erreichen? Solange sie nicht der Arbeitsintensität Einhalt gebietet, die physische und psychische Erschöpfung des Arbeiters verhindert, wird sie ohne Einfluß bleiben. Sie gibt dem Arbeiter 100 Regeln, die er dringend beachten soll; der Kapitalist aber sagt ihm: „Vor allem mußt du rascher arbeiten, denn meine Bestellungen müssen bis zur bestimmten Zeit fertig sein. Sie (die Unfallverhütung) umgibt den Arbeitsplatz mit 100 Warnungstafeln, roten Gefahrenzeichen und schrillen Gefahrensignalen; der Kapitalist aber sagt ihm: „Vor allem mußt du lohnend arbeiten; denn der Platz, an dem du stehst, kostet so und so viel und muß sich so und so hoch verzinsen; bleibst du

zurück, dann schere dich weg; ein anderer wird's schon leisten.“ Die Unfallverhütung mahnt den Arbeiter, an sich selbst, an sein Leben, an seine Gesundheit zu denken, seiner Familie den Ernährer zu erhalten. Der Kapitalist aber mahnt ihn, zunächst zu arbeiten, damit er wenigstens den Durchschnittslohn verdiene, um seine Familie zu ernähren. Und der Arbeiter beugt sich der tollen Arbeitshast; er arbeitet, um seinen Platz zu behalten, um seinen Lohn zu verdienen, nicht aber, um sein Leben, seine Gesundheit zu wahren. Und der Kapitalist brüht ein Auge zu, wenn die Unfallverhütungsvorschriften nicht beachtet, die Schutzvorrichtungen nicht benutzt werden, denn sie hindern die Arbeitsintensität — das ist ja ihr Zweck, indem sie die Aufmerksamkeit des Arbeiters von der Arbeit ablenken, sie auf sein persönliches Interesse konzentrieren. Wer mit offenen Augen durchs Leben geht, der wird den vorstehenden Ausführungen rückhaltslos zustimmen müssen. So und nicht anders spielt sich die rauhe Wirklichkeit ab und auch die Jahresberichte der Berufsgenossenschaften lassen — wenn auch etwas verschämmt — durchblicken, daß es so und nicht anders ist. In so überaus bescheidener Weise berichtet z. B. die Papierbearbeitungsberufsgenossenschaft, der bekanntlich auch unsere Kollegen und Kolleginnen unterstehen, daß sich von den entsehbigenpflichtigen, also schwereren Unfällen des Jahres 1908 16,7 vSt. hätten vermeiden lassen, wenn der Unternehmer dem Arbeiterschutz etwas wohlwollender gegenübergestanden hätte.

Wir sind ja nun keineswegs der Ansicht, daß der Anteil der Unternehmer an den Unfällen ein so geringer ist, als er hier angegeben wird; wir glauben vielmehr, daß der Anteil der Unternehmer den 2-fachen Betrag des angegebenen Prozentfußes ausmacht. Aber immerhin, selbst wenn man die angegebene Zahl als richtig ansehen wollte, dann muß man mit jedermann einig sein in dem Bewußtsein, daß es ein Skandal ist, daß so umfangreiche Verfehlungen der Unternehmer gegen die Unfallverhütungsvorschriften überhaupt vorkommen können. Und mit welcher bewundernswürdigen Nachlässigkeit sie sich über die Schutzbestimmungen hinwegsetzen, mag folgendes zeigen. Der technische Aufsichtsbeamte der Papierverarbeitungsberufsgenossenschaft besichtigte im Jahre 1908 200 Betriebe. Unter diesen befanden sich 71, die nur zum zweiten oder mehrfachen Male besichtigt waren. Zwei von diesen Betrieben hatten bei der vorhergehenden Besichtigung 6 Anordnungen notwendig gemacht, die bei der wiederholten Besichtigung befolgt waren. Zwanzig Betriebe hatten 229 Anordnungen notwendig gemacht, die bei der Wiederbesichtigung noch 149 Mängel aufwiesen. Bei fünf Betrieben blieb die Zahl der Mängel mit 43 gleich den sich bei der Vorbesichtigung notwendig gemachten, während in 44 Betrieben sich die Zahl der erforderlichen Anordnungen nahezu verdoppelt hat. Sie stieg von 322 auf 640. In allen 71 Betrieben waren bei der Vorbesichtigung 600, bei der erneuten Besichtigung dagegen 832 Mängel vorhanden. Und das, trotzdem nur 39 Betriebe zum

zweiten, dagegen 23 zum dritten, 8 zum vierten und einer zum siebenten Male besichtigt worden ist. Aus diesem ist aber zu ersehen, daß sich der Unternehmer den Däufel um die Gesundheit „seiner Arbeiter“ kümmert, sondern daß es ihm nur darum zu tun ist, möglichst viel Mehrwert aus ihm herauszupressen.

Zum Schutze der Arbeiter keinen Groschen! Nur so ist auch der Zynismus zu verstehen, mit dem mancher Unternehmer die Unfallverhütungsvorschriften betrachtet. Wie hieß es doch in dem vor mehreren Jahren im Reichstag von dem anti-femittischen Abgeordneten Raab zur Verlesung gekommenen Schreiben der sieben Vertreter der See-Berufsgenossenschaft: „Die Unfallverhütungsvorschriften haben meines Erachtens weniger einen direkten praktischen Zweck, als daß sie zur Dekoration dienen, um den Behörden und dem Publikum zu zeigen, wie vortrefflich die See-Berufsgenossenschaft alles geregelt hat, wie sie alles bedacht hat, für die Rheeder denkt und sorgt, ihnen die Mühe des eigenen Nachdenkens und die Verantwortung abnimmt. — Von diesem Gesichtspunkt aus sollten wir jede neu auftauchende Frage durch eine hübsche Unfallverhütungsvorschrift zu lösen trachten, — je harmloser, desto besser. — Mundus vult decipi!“ Einem besseren Beweis, daß nach diesem Eingeständnis ein großer Teil der Unternehmer des graphischen Gewerbes auch handelt, kann kaum erbracht werden, als in der oben zum Ausdruck gebrachten Geringschätzung der Anordnungen des technischen Aufsichtsbeamten der Papierverarbeitungsgenossenschaft. In den von diesem Beamten besichtigten 200 Betrieben machten sich 1922 Anordnungen notwendig, die sich auf 3481 verschiedene Mängel beziehen. Auf einen Betrieb entfallen also die respektable Zahl von 9,6 Anordnungen und 17,4 Mängel. Wieviele von diesen werden wohl befolgt resp. abgeändert werden? Eine Nachprüfung aller Betriebe würde jedenfalls ein ganz niedliches Resultat zeitigen.

Im Jahre 1908 wurden bei der Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft 3690 Unfälle angemeldet, von denen 552 entschädigungspflichtig wurden. Im Vorjahre waren es 3799 angemeldete und 500 entschädigte Unfälle. Die Zahl der Unfälle selbst ist also um ein geringes zurückgegangen, die Schwere derselben jedoch ganz beträchtlich gestiegen. Auf 1000 versicherte Personen kamen 28,11 angemeldete und 4,21 entschädigte Unfälle. Von den Unfällen ereigneten sich 1880 durch Maschinen und 1810 nicht durch solche, sondern durch andere Ereignisse, also durch Dampfessel, -leitungen und -apparate, durch feuergefährliche, heiße und ätzende Stoffe, durch Herab- und Umsinken von Gegenständen, durch Sturz von Leitern, Treppen und Fall auf ebener Erde, durch Auf- und Abfallen, Heben, Tragen, durch Ueberfahrenwerden, durch Tiere (Biß, Schlag usw.), durch Handwerkszeug und Geräte und aus sonstigen anderen Anlässen. Bei unserer Ueberflucht müssen wir auch diesmal wieder, gleichwie im vorjährigen Heberblick über die Unfälle in unserem Verufe, diese letztere Gruppe unberücksichtigt lassen, da keinerlei Nachweis vorliegt, inwieweit unsere Kollegen und Kolleginnen daran beteiligt sind. Auch bei den Unfällen, die durch die Maschinen hervorgerufen wurden, ist ja ein genauer Nachweis nicht möglich, da nur immer von Verunglückten schiedstweg die Rede ist, ohne über den Stand des Betreffenden etwas Näheres anzugeben. (Schluß folgt.)

Die Tarifbewegung des Stuttgarter Steindruckerei-Hilfs-personnals.

Der nach der Aussperrung 1906 abgeschlossene Tarifvertrag läuft am 30. September d. Js. ab. Dieser brachte uns wohl für die damaligen Verhältnisse geringe Verbesserungen. Inzwischen ist aber die Destruktion der nötigsten Lebensbedürfnisse immer schwieriger geworden durch Inkrafttreten des neuen Zolltarifes, neuer Steuern, sowie der damit verbundenen Steigerung der Mietpreise. Dabei wirkt bereits jetzt das Gespenst der 500

Millionen-Finanzreform“, die ja vollständig auf die Schultern der breiten Volksmassen abgewälzt wird, seine Schatten voraus. — Diese Umstände veranlassen uns, dem Verein Stuttgarter Steindruckereibesitzer den Wunsch auf Revision des Tarifes zu unterbreiten. Unser Streben ging dahin, wenigstens einen Teil dessen, was im Buchdruckgewerbe schon längst tariflich festgelegt ist, auch im Steindruck einzuführen. — Doch das ist natürlich unmöglich, das erträgt das Gewerbe nicht!

Auf unser Schreiben erfolgte umgehende Antwort, daß die Herren gnädigt bereit seien, mit uns über die Fortsetzung der Tarifgemeinschaft zu verhandeln, doch dürfe die Lohnfrage nicht mit besprochen werden, da die Löhne hier ohnehin schon sehr hohe seien im Vergleich mit denen im Buchdruckgewerbe oder in anderen Städten.

Ebenso umgehend gaben wir unseren Standpunkt kund, daß wir gerne in Verhandlungen eintreten werden, jedoch unter keinen Umständen auf die Beseitigung der Lohnfrage verzichten. Hierauf kam nun nach einigen Tagen eine Einladung zur Verhandlung am 15. Juni, abends 8 Uhr. Unsere Vertreter leisteten der Einladung Folge. Wer jedoch in der Erwartung zu der Besprechung gekommen wäre, daß die Prinzipale nach der 1906 erhaltenen Fektion zur Einsicht gekommen und unseren bescheidenen Wünschen auch nur zum Teil zustimmen würden, wäre durch den Verlauf der Beratung gründlich enttäuscht worden.

Glücklicherweise sind wir alle nicht besonders optimistisch veranlagt. — Es wäre zu schade um den Raum der „Solidarität“, wollte ich alles Mögliche und Unmögliche erwähnen, was die Prinzipalvertreter gegen unsere hohen und unerfüllbaren Forderungen vorbrachten; nur einige Epochen möchte ich der Kollegenchaft nicht vorenthalten. — Schon bei Beginn der Beratung klagten die Herren darüber, daß sie wohl verpflichtet aber keine Rechte bekommen sollten; der Verband sei ja garnicht in der Lage, für die Durchführung des Tarifes zu garantieren. Das Hilfspersonal bestche ja zum großen Teil aus „Lumpendör!“ „Selbstverständlich nicht alle, es gibt auch anständige darunter“, gaben sie auf unsere Zurückweisung dieser unerhörten Beleidigung großmütig zu. Nun, wir geben zu, daß es manchmal vorkommt, daß ein Prinzipal schlimme Erfahrungen mit gewissen Elementen macht, denen es eben nur darauf ankommt, wieder einen Ausweis zu haben, daß sie ein paar Tage oder auch Wochen gearbeitet haben; wir protestieren aber dagegen, daß uns diese anrüchigen Elemente immer an die Rockschöße gehängt werden. — Wir haben den Prinzipalen den Weg gezeigt, wie wir das Gewerbe von diesen Unwünschen befreien können durch gemeinsames Zusammenwirken, denselben Weg, der im Buchdruck mit Erfolg beschritten wurde. Aber den Prinzipalen ist es ja garnicht so ernst, sie wollen ja dafür sorgen, daß sie eine möglichst große Reservearmee bekommen! Was könnten sie denn machen, wenn sie lauter anständiges Personal hätten? Sie bekämen ja dann keine Hausfrauen mehr. Das und nichts anderes ist der Grund, warum sie ihre Mitwirkung versagen, den einmal auf Kontraktbruch Betroffenen den Weg zu unserem Beruf unmöglich zu machen; sie wollen eben keine „Zwangsjade“.

Auch ein anderer Punkt ist es, der den Prinzipalen schwer auf die Nerven gefallen ist, nämlich die Kautionsfrage. Die im Jahre 1905 nur einseitig mit den Gehilfen beratene Arbeitsordnung gibt dem Prinzipal das Recht, jedem Hilfsarbeiter oder jeder Arbeiterin eine Kaution bis zum Betrag eines vollen Wochenlohnes einzubehalten. — Unser Wunsch auf Ausmerzung dieses Unbings wurde abgetan mit der logischen Bemerkung, der Prinzipal müsse doch etwas in der Hand haben als Schadenersatz bei Kontraktbruch. Man habe nicht immer Zeit zum Nadi zu laufen. —ardon, meine Herren, wir sind etwas anderer Meinung: Sollte diese Maßregel nicht vielleicht gerade zum Kontraktbruch anreizen? Es gibt auch Fälle, in denen der Arbeiter berechtigt ist, die Arbeit sofort niederzulegen. Wir können nun nicht gut annehmen, daß ein Arbeiter über mehr freie Zeit verfügt, als der Arbeitgeber, um sich sein Recht vor dem Gewerbegericht zu holen. Aber es wird ihm eben in den meisten Fällen nichts anderes übrig bleiben. Auch gibt es

in Stuttgart Firmen, bei denen auf eine ordentliche regelmäßige Lohnzahlung niemals gerechnet werden kann. Wo bleibt hier die Kaution für das Personal? Wir denken doch, was dem einen recht ist, ist dem andern billig. — Sollte aber die Kaution wirklich ihren Zweck erfüllt haben, so können wir nicht verstehen, warum dann immer noch über das „Lumpendör“ geflagt wird.

Nun, wir können verstehen, daß die Prinzipale von diesem Recht nicht abgehen können, weil dies sonst einen Eingriff in die bestehende Arbeitsordnung bedeuten würde. Aber wenn die Arbeitsordnung immer über dem Tarifvertrag stehen soll, dann pfeifen wir auf einen Abschluß; denn dieser kann ausfallen wie er will, dann steht dem einzelnen Prinzipal der Weg offen, unbequeme Bestimmungen durch entsprechende Veränderung der Arbeitsordnung illusorisch zu machen. Daselbe gilt auch für die Regelung der Arbeitszeit. Unsere Vorlage verlangt für das Hilfspersonal dieselbe Arbeitszeit, wie für die Steindrucker. Dies ist aber unmöglich durchzuführen, weil die Arbeitsordnung verlangt (und diese darf nicht angetastet werden), daß das Hilfspersonal morgens und abends je eine Viertelstunde mehr arbeiten soll. — War nun schon in den weniger einschneidenden Fragen eine Einigung nicht erzielt worden, so hofften wir noch immer, daß in der Lohnfrage, die zu beraten garnicht notwendig war, „weil ja schon so viel oder noch mehr bezahlt wird als im Buchdruck“, uns keine Bedenken entgegengehalten werden. Denn wir forberten nicht mehr und nicht weniger als die Minimalhöhe des Buchdrucktarifes. Aber es sollte anders kommen. Vor allem haben es die Sätze für 15-16-jährige Hilfsarbeiter den Prinzipalvertretern angetan, während sie auffallenderweise persönlich z. B. die Meinung ausbrückten, in den höheren Stufen zuzustimmen, aber für die „Kinder“ sind die Sätze unbedingt zu hoch. Hier drängt sich unwillkürlich der Verdacht auf, als bestche die Absicht, nur noch Kinder zu beschäftigen und wenn sie herangewachsen sind, wieder durch Kinder zu ersetzen. — Wir gestehen gern, daß auch wir der Meinung sind, daß diese bebaueriswerten jungen Arbeiter noch halb in den Kinderschuhen stecken, aber gerade deshalb, weil wir sehen müssen, wie diesen Kindern die Jugendzeit gestohlen wird, wie sie im zartesten Alter schon in der Fabrik ausgebeutet werden, in dem Alter, in dem diejenigen, die in der Wahl ihrer Eltern vorzichtiger waren, noch jahrelang die Schulbank drücken, gerade deshalb fordern wir, daß diese Kinder für ihren verlorenen Frohsinn, für ihre geraubte Jugendzeit wenigstens einigermaßen entschädigt werden!

Auch in anderen Städten wird nicht das bezahlt, was in Stuttgart schon längst überschritten ist, wie die Prinzipale auf Grund ihrer angelegten Statistik uns nachweisen. Die Sätze, die wir als Gegenbeweis anführen, z. B. Hamburg, können natürlich nicht für Stuttgart in Frage kommen, umsonst, als ja demnächst der Hamburger Tarif seitens des Schutzverbandes gekündigt werden wird, weil die Hamburger Prinzipale von den bösen Hilfsarbeitern überumpelt wurden. (Also, Ihr Hamburger Kollegen, Achtung!) Die besseren Tarifrufe können demnach nicht in Betracht kommen, wohl aber Breslau, Dresden, in einzelnen Fällen auch Leipzig; letzteres durchaus aber nicht in der Schleiferfrage, denn ein höheres Minimum als 20 Mk. für geübte Steinschleifer würde das Gewerbe ruinieren. Der nächste Artikel soll jedoch zeigen, wie die Statistik der Prinzipale bei Nicht betrachtet aussieht. U. S.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Düsseldorf.

„Spät kommt Ihr, doch Ihr kommt!“, so werden wohl manche unserer Freunde dranhin im Lande ausrufen, wenn sie jetzt endlich einmal von unserer schönen Rheinstadt etwas für uns alle erfreuliches zu hören bekommen. Ist es doch nun gelungen, eine größere Anzahl Kollegen und Kolleginnen um unsere Sache zu scharen und sind wir in der Lage, heute von der glücklich erfolgten Geburt der Jahrestelle Düsseldorf berichten zu können. Nach mißbevollener Kleinarbeit unseres Gaubeamten Krumpfer und einiger für unsere schöne Sache begeisteter Freunde konnten wir am Sonntag, den 27. Juni 1909, nach unzähligen vorausgegangenen

* Die Welt will betrogen sein!

Geschäfts- und Werkstüberversammlungen eine größere allgemeine Versammlung aller im graphischen Berufe beschäftigten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen veranstalten. Wenn auch der Besuch, speziell von Seiten unserer Kolleginnen noch etwas zu wünschen übrig ließe, so können wir doch bis jetzt mit dem erzielten Erfolg zufrieden sein. Der Anfang ist vor allen Dingen gemacht, es ist Brezche gelegt, und es soll, es wird und es muß vorwärts gehen, damit auch unsere Berufsgruppe mithilft an der Verwirklichung des Wortes: „Die Düsseldorf Arbeiterkassette marschiert unter den Städten Rheinland-Westfalens an der Spitze!“ In gut durchdachten, einständigen Ausführungen beleuchtete Kollege Krumpert die heutige moderne Produktionsweise, die einerseits den Zusammenschluß aller Kräfte der Industriellen und Kapitalisten mit sich gebracht hat, die aber auch als noturnotwendige Folgerung den festen, einigen Zusammenschluß alles arbeitenden Volkes bedingt und selbstverständlich auch bei uns das einige Zusammengehen aller im graphischen Berufe beschäftigten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen mit sich gebracht hat und auch am hiesigen Orte mit sich bringen muß. Des weiteren besprach er Zweck und Ziele der modernen Gewerkschaften und vor allem die Bestrebungen und Einrichtungen des Hilfsarbeiterverbandes im Speziellen und forderte an der Hand reichhaltigen Materials die Düsseldorf Kollegenschaft auf, den Anschluß an unseren Verband zu suchen, einzutreten in unsere Reihen und mitzuarbeiten am herrlichen, fruchtbringenden Organisationswerke, wo es auch sei, im Geschäft, auf der Straße, im Freizeitskreis, kurzum: wo sich nur Gelegenheit bietet, da soll ein jeder seinen Mann stellen, damit wir auch hier in Düsseldorf in nicht allzu ferner Zeit eine festgefügte Mitgliedschaft die Unseren nennen können, damit wir halb daran denken können, die wirtschaftliche Lage unserer Kollegen und Kolleginnen zu bessern und zu heben durch die Einführung unseres Normaltarifs. Darum müße ein jeder, der nur ein klein wenig Einsicht habe, hinein in den Verband, hinein in die Organisation; denn nur durch diese, nur in und mit dieser sind wir imstande, eine Besserstellung unsererlei zu erreichen.

Langanhaltenber, lauter Beifall bewies dem Referenten, wie sehr er den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte. In der sich anschließenden Diskussion wurde den Versammelten noch von einigen Vuchdruckern die Notwendigkeit, der Wert und Nutzen der Organisation vor Augen geführt. In seinem Schlusswort beantwortete der Redner noch verschiedene an ihn gerichtete Fragen, an die Anwesenden nochmals die dringende Bitte und den herrlichen Appell richtend, daß alle, die noch nicht unsere Mitglieder sind, sich zu uns schlagen möchten und heute als die Unseren die Versammlung verlassen. — Dieser Appell verhalte denn auch nicht fruchtlos und hatten wir die Freude, eine ganze Reihe von Aufnahmen machen zu können.

Da wir nun hier bereits 40 Mitglieder zu verzeichnen haben, so konnte auch an die Wahl eines Vorstandskörpers von 7 Personen herangetreten werden. Einstimmig gingen nachgenannte Kollegen und Kolleginnen aus der Wahl hervor: Johannes Lange, 1. Vorsitzender, Otto Reimer, 2. Vorsitzender, Gustav Stecker, Kassierer, Wilh. Brenig, Heinz Mattheis, Josephine Mey und Gertrud Wolf als Beisitzer. Namens des neugewählten Vorstandes kann Schreiber dieses die Versicherung abgeben, daß wir alle gewillt sind, unser Bestes herzugeben und soll es immer unser aufrichtiges Bestreben sein, für das Wohl unserer Düsseldorf Kollegenschaft einzutreten wann und wo es auch sei. An der Kollegenschaft selbst liegt es nun aber auch, den Vorstand in jeder Weise zu unterstützen, damit auch in unserer Mitte das Wort wahr werde: „Alle für Einen, Einer für Alle!“

Wirtschaftliche Rundschau.

Der Arbeitsmarkt im Mai. — Belegung des Weltmarktes. — Getreide- und Brotpreise. — Das Lohnniveau 1908.

Die starke Erleichterung des Arbeitsmarktes im Monat April war keine zufällige und vorübergehende Erscheinung, sondern war eines der sichersten Symptome des Erholungsprozesses, der sich auf wirtschaftlichem Gebiete vollzieht. Man mußte gespannt sein, wie sich der Arbeitsmarkt im Mai entwickeln werde. Pflegt doch der Monat Mai stets eine Reaktion gegenüber der Frühjahrsabnahme des Andranges im April zu bringen. Diese Reaktion ist natürlich auch im laufenden Jahre eingetreten. Aber sie ist erfreulicherweise nicht groß: kamen im April auf je 100 offene Stellen nach der Statistik des „Arbeitsmarktes“ 147,4 Arbeitsuchende, so waren

es im Mai 151,1 oder 3,7 mehr als im April. Ist schon diese Zunahme des Andrages gering, so fällt noch viel mehr der Umstand ins Gewicht, daß zum ersten Male seit Beginn des gewerblichen Niederganges der Andrang niedriger bleibt als im Vorjahre. Im Mai 1908 stand der Andrang bei den gleichen Nachweisen auf 156,85, im laufenden Mai aber auf 151,12 oder 5,23 niedriger. Im Vorjahre stand der Arbeitsmarkt noch unter dem Druck zunehmender Verschlechterung, im laufenden Jahre nimmt der hohe Grad der Ungunst seit wenigen Monaten deutlich und auch kräftig ab. Auch im Ausland ähnelt die Gestaltung des Arbeitsmarktes der Bewegung in Deutschland, so daß man daraus auf ein Wiedererwachen des wirtschaftlichen Lebens aus der ca. zweijährigen Stagnation schließen darf.

Zeigen doch auch die Ziffern der Handelsstatistik, daß die Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes wieder zunimmt. Selbst in England sind die neuesten Ziffern über den Monat Mai endlich wieder etwas hoffnungsvoller. Bis dahin war die Einfuhr wie die Ausfuhr von Monat zu Monat schwächer als im Vorjahre. Der Mai zeigt zum ersten Male nach langer Zeit wieder eine Steigerung der Einfuhr, während allerdings die Ausfuhr noch immer hinter dem Vorjahre zurückbleibt. Ziemlich kräftig nimmt seit einigen Monaten die Einfuhr der Vereinigten Staaten von Amerika zu, was zusammen mit den übrigen Beobachtungen auf eine rasche Erholung des dortigen Wirtschaftslebens deutet. Weiterhin stellt sich der Warenverkehr mit dem Auslande auch in Oesterreich-Ungarn, in Frankreich und auch in Italien wieder höher als 1908. In Deutschland ist zwar die Einfuhr noch etwas abgeschwächt, aber die Ausfuhr ragt schon über den Vorjahrsniveau hinaus. Freilich ist diese Zunahme des deutschen Exports vielfach nur unter weitgehenden Opfern möglich, aber bei keinem anderen Lande vielleicht ist der Drang zu exportieren so stark wie in Deutschland, das infolge seiner natürlichen Bevölkerungsvermehrung und bei der Notwendigkeit, den größten Teil dieses Zuwachses gewerblich beschäftigen zu müssen, die Arbeitsgelegenheit durch die Ausdehnung seines Warenabfahes im Auslande vermehren muß. Gerade vom deutschen Standpunkte ist es daher besonders wünschenswert, daß die Belegung des Weltmarktes in nächster Zeit keine Unterbrechung mehr erfährt, daß wir vor allem auch vor politischen Veränderungen auf internationalem Gebiete verschont bleiben.

bleiben doch auch ohne dies Sorgen und Befürchtungen über die weitere Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens genug bestehen. Sie drehen sich zurzeit alle mehr oder minder um den Ausfall der kommenden Brotgetreide- und Futterernte, um die Gestaltung der Getreide-, Mehl- und Brotpreise. Jeder Blick in die Tagespresse erinnert uns an die Panne auf dem Getreidemarkt. Namentlich stiegen die Weizenpreise auf eine beängstigende Höhe, während die Roggenpreise glücklicherweise weniger stark nach oben getrieben wurden. Ueber die Wirkung der hohen Getreidepreise auf den Brotpreis gehen die Ansichten ziemlich stark auseinander. Es werden zu häufig einzelne Beobachtungen verallgemeinert, während ein breiteres Beobachtungsmaterial auf statistischer Grundlage eine weit richtigere Beurteilung der Einwirkung der Getreide- auf die Brotpreise ergibt. Die Preise für Weizenmehl und Weizengebäck sind nun in letzter Zeit fast durchweg gestiegen, wenn auch nicht in dem Grade wie die Getreidepreise; weit weniger empfindlich haben die Preise für Roggenmehl und Roggenbrot angezogen, so daß jedenfalls die Preispanne am Getreidemarkt erst zu einem geringen Teil in den Preisen auf den Detailmärkten zum Ausdruck gelangt. Berechnet man den wöchentlichen Aufwand für die Ernährung in 55 deutschen Kläsen mit einer Gesamtbevölkerung von 10,6 Millionen Menschen nach den amtlichen Preisnotierungen und auf Grund der Nahrungsmittelration des deutschen Marinekolonats für eine vierköpfige Familie, so ist der durchschnittliche Kostenaufwand im Mai um 13 Pf. höher gewesen als im Januar. Damals stellte er sich auf 22,46, im Mai aber auf 22,59 Mk. Erfreulich ist diese Verteuerung der Ernährung in einer Zeit, da die Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung noch geschwächt ist, keineswegs, aber auf der anderen Seite hat die Preissteigerung am Getreidemarkt die Detailpreise bisher doch nicht so stark beeinflusst, wie auf Grund einzelner Beobachtungen schon behauptet wurde.

In welchem Grade die Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung im letzten Jahre geschwächt ist, das erfahren wir zum Teil aus den nennmehr der Reihe nach zur Veröffentlichung gelangenden Geschäftsberichten der gewerblichen Berufsvereinigungen für das Jahr 1908. Die Ergebnisse der darin enthaltenen Lohnnachweisungen sind aus doppeltem Grunde sehr lehrreich: einmal geben sie uns Auskunft über die Bewegung der Arbeits-

gelegenheit in den einzelnen Gewerben, sodann aber liefern sie auch Material zur Beurteilung des Lohnniveaus im Jahre 1908. Ein abschließendes Urteil ist heute, wo erst wenige Berichte vorliegen, noch nicht möglich. Aus den bisherigen Berichten aber, die das Leder-, das Papier-, das Brauerei-, das Transport- und endlich das süddeutsche Eisen-gewerbe betreffen, ergibt sich, daß die Arbeitsgelegenheit fast durchweg abgenommen hat, während bemerkenswerterweise die Lohnsätze nicht nur keine Reduktion, sondern im Gesamtdurchschnitt noch eine Erhöhung erfahren haben. Dieser Umstand verhinderte meist nicht, daß alles in allem der Verdienst niedriger war als 1907, aber die Erscheinung, daß das Lohnniveau sich gehalten hat, ist deswegen nicht weniger beachtenswert. Es soll hier nicht entschieden werden, welche Ursachen die relativ erfreuliche Bewegung der Lohnsätze herbeigeführt haben, aber daß zu diesen Ursachen auch die Widerstandskraft unserer Arbeiterorganisationen und weiter auch das Vorhandensein von Tarifverträgen gehören, das darf als sicher angenommen werden. In dem Berichte für das Brauereigewerbe wird ausdrücklich auf das Bestehen von Tarifverträgen hingewiesen, die die Erhöhung der Lohnsätze im Jahre 1908 bedingt hätten. Man wird davorst die weiteren Berichte abwarten müssen, bevor man über den Grad, in welchem während der letzten Jahre die gewerblichen Organisationen sich als schützenden Damm gegen die Einwirkungen der Krise erwiesen, ein allgemeines und zutreffendes Urteil abgeben kann. Aber das eine kann man schon heute behaupten, daß dieser Schutz sich diesmal schon in weit höherer Maße bemerkbar macht als in der Krisenperiode 1901 bis 1903.

Berlin, am 13. Juni 1909.

Richard Calwer.

Rundschau.

Ein Schiedspruch gegen den Terrorismus der Unternehmer. Das Einigungsamt des Gewerbegerichts München hat zu den Differenzen im Münchener Baugewerbe folgenden bedeutungsvollen Schiedspruch erlassen: Während der Dauer des Tarifvertrages ist die Neueinführung aller einseitigen Zwangsmaßnahmen unzulässig, also auch die Schaffung eines Arbeitsnachweises des Arbeitgeberverbandes, soweit dessen Benutzung für das Eingehen von Arbeitsverhältnissen obligatorisch gemacht wird, ebenso alle Sperren, die seitens der Arbeitgeberorganisation wegen dieses Arbeitsnachweises verhängt werden. Zweitens hat der Verband der Arbeitgeber für das Baugewerbe deshalb unverzüglich das Vermittlungsmonopol seines Arbeitsnachweises, der Zentralverband der Maurer Deutschlands, Zweigverein München, die deswegen verhängte Sperre wieder aufzuheben.

Dieser Schiedspruch ist eine moralische Verurteilung des terroristischen Vorgehens der Arbeitgeberorganisationen. Die beiden Organisationen haben sich auf Grund des Tarifvertrages dem Schiedspruche zu unterwerfen.

Die Barunterstützung an Arbeitslose in der Stadt Mainz betrug auf die Dauer von 4 Wochen wöchentlich: 3 Mk. für Ledige, 4 Mk. für Verheiratete ohne Kinder oder mit Kindern über 14 Jahre, 5 Mk. für Verheiratete mit Kindern unter 14 Jahren. Die Arbeitslosenunterstützung wurde an männliche Arbeiter und Privatangestellte (Handlungsgehilfen, Techniker, Zeichner usw.) gewährt, die das 18. Lebensjahr zurückgelegt haben, sofern sie a) mindestens ein Jahr in Mainz wohnten; b) seit mindestens 14 Tagen arbeits- oder beschäftigungslos waren; c) seit dem 1. März 1908 bis zum Eintritt ihrer Arbeitslosigkeit das ganze Jahr hindurch regelmäßig beschäftigt waren. Die tägliche Kontrolle wurde für die organisierten Arbeiter durch die Gewerkschaften, für die unorganisierten durch die Polizeibureaus vorgenommen. Für jeden Tag, an dem der Arbeitslose sich nicht zur Kontrolle meldete, wurde ein Abzug gemacht, für Ledige von 50 Pfennig pro Tag, für Verheiratete ohne Kinder oder mit Kindern über 14 Jahre von 65 Pf. pro Tag, für Verheiratete mit Kindern unter 14 Jahren von 80 Pf. pro Tag. Die Auszahlung dieser Unterstützung erfolgte durch das städtische Arbeitsamt.

Ueber eine Arbeitslosen-Notstandsaktion des Sozialen Museums in Frankfurt a. M. wird berichtet: Das Soziale Museum gewährte nach Ablauf der 10. Unterstützungswoche resp. nach dem Ausstreuen durch die Gewerkschaften aus Sammelgeldern, durch Vermittlung des Gewerkschaftskartells an arbeitslose Mitglieder der freien Gewerkschaften insgesamt 26 141 Mk. Unterstützung für 4000 Wochen. In der Gesamtsumme der Wochen liegen auch die Wochen, für welche aus dem Notstands-

fonds die Beiträge für Arbeitslose an die Krankenkassen bezahlt worden sind, um ihnen die Mitgliedschaft zu erhalten. Außerdem sind noch erhebliche Beiträge für Mietzuschüsse gegeben worden. Die Hilfe des Notstandsfonds haben die Arbeitslosen von 33 Verbänden in Frankfurt in Anspruch genommen. Die Angaben über die unorganisierten und christlich organisierten Arbeiter fehlen. Jedenfalls war, so heißt es in der Frankfurter Volkstimme, die vom Sozialen Museum ausgehende Aktion ein verdienstliches Werk, auch trotz der einschränkenden Bestimmungen über den Bezug der Unterstützung. Und namentlich um deswegen ein verdienstliches Werk, weil die gesammelten Mittel den Arbeitslosen ohne jede demütigende Begleitererscheinungen direkt durch die Vertrauensleute der Arbeiterorganisationen zugeführt wurden.

Simulation eines Unfallverletzten. Es sind bereits zahlreiche Beispiele bekannt, welche beweisen, daß die Röntgenstrahlen ein außerordentlich wertvolles Hilfsmittel der Kriminalistik bilden. Wie sie zur Entlarvung eines Betrügers, der eine Unfallrente beanspruchte, dienen, davon berichten die Fortschritt auf dem Gebiete der Röntgenstrahlen. Ein Werkführer gab an, dadurch einen Unfall erlitten zu haben, daß durch Umfallen von Pfeiserbohnen sein linkes Knie gequetscht wurde. Es war zwar kein Zeuge dabei, aber trotzdem wurde der Unfall von der Berufsgenossenschaft anerkannt und der „Verletzte“ 7 Monate auf Kosten der Genossenschaft behandelt, davon 4 Monate in einer Heilanstalt für Unfallverletzte. Als nach dem Verlassen desselben sich noch Beschwerden am verletzten Knie zeigten und der Verletzte beim Aufstehen noch hinkte, wurde ihm eine Rente von 20 Prozent zugelassen. Er war jedoch damit nicht zufrieden, sondern beantragte eine solche von 50 Prozent. Das Schiedsgericht in Hannover ordnete nunmehr eine Röntgenuntersuchung des Beines an und da ergab sich, daß beim Klagen sich zwei Kugeln im Kniegelenk vorfinden. Er wurde nun mit seiner Klage abgewiesen und in die Kosten verurteilt. Wie die Kugeln in sein Knie gekommen waren, darüber gab er keine Auskunft. Wahrscheinlich waren sie ihm beim Wälzen ins Bein geschossen worden. Interessant ist, daß der Betrug nur dadurch aufgedeckt wurde, daß der Arbeiter sich mit der ihm zuerst zugelassenen Rente von 20 Proz. nicht begnügen wollte.

Zum Kapitel: Kinderausbeutung liefert der „Hannoversche Courrier“ einen neuen Beitrag. In den kleinen Zigarrenmacherwerkstätten beschäftigt der Heimarbeiter neben einem Widelmacher seine eigenen und auch fremde Kinder mit Tabakabrippen. In einem Orte des Regierungsbezirks Minden wurden von 277 Kindern nicht weniger als 153 oder 55 pCt. angetroffen, die entgegen den Vorschriften der Gewerbeordnung beschäftigt wurden. Das jüngste war sechs Jahre alt und mußte täglich 5 Stunden arbeiten. Ein zehnjähriger Knabe verdiente bei etwa sechsstündiger Tagesarbeit 50 Pf. wöchentlich, d. h. 1,4 Pf. in der Stunde. Sechs Stunden täglich oder noch länger mußten 18 Kinder arbeiten, hiervon waren sieben bis zu 10 Jahre alt, während elf dieses Alter überschritten hatten. Ihr durchschnittlicher Wochenlohn betrug 1,50 Mt., also etwa 4 Pf. pro Stunde. Außerdem wurden noch 28 Verlöbte gegen das Kinderverbot fest gestellt, indem noch nicht 10 Jahre alte Kinder im eigenen Heimbetriebe ihrer Eltern beschäftigt wurden, sodaß insgesamt 181 Kinder von 277, also fast zwei Drittel dieser Zahl, ungesetzlich beschäftigt worden sind. Bei der großen Anzahl der für diese Zuwiderhandlungen in Betracht kommenden Personen, und da viele von ihnen sich der Ungeleslichkeit ihrer Handlungsweise garnicht bewußt waren, ist in allen Fällen von der Einleitung des Strafverfahrens abgesehen worden. Die Schuldigen wurden auf das Polizeiamt geladen und ihnen nach Kenntnisgabe der in Frage kommenden gesetzlichen Bestimmungen für den Wiederholungsfall unnachsichtliche Strafverfolgung angedroht.

Weibliche Gewerbe-Aussicht in Schwarzburg-Rudolstadt. Dem vielfachen Drängen unserer Fraktion im Landtage auf Anstellung einer weiblichen Person in der Gewerbeaufsicht, dem auch die Landtagsmajorität beitrug, hat jetzt die Regierung nachgegeben, indem sie die Stelle einer Assistentin bei dem Gewerbeinspektor zur Seite stellen soll, ausfährt. Bewerbungen mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen sind bis 1. Juli an das Ministerium, Abteilung des Innern, zu richten. — Bei der großen Zahl der in Schwarzburg-Rudolstadt hauptsächlich in der Porzellanindustrie tätigen weiblichen Personen war die Schaffung dieses Postens längst eine dringende Notwendigkeit.

Ueber die Dauer der Mitgliedschaft hat der Gesarbeiterverband eine nicht uninteressante Aufstellung gemacht. Diese statistische Zusammenstellung geschah anlässlich der Ausstellung von Erlaubnisscheinen für solche Mitglieder, die dem Verbands 8 Jahre und länger angehören. Da der Verband am Jahreschluss 144 259 Mitglieder zählte und 27 229 Ersahzbücher ausgestellt werden mußten, so waren demnach 18,9 Proz. der Mitglieder 8 Jahre und länger organisiert. Im Jahre 1901 zählte der Verband 67 341 Mitglieder, demnach sind 40,4 Prozent der Mitglieder, die dem Verbands damals angehörten, ihm auch treu geblieben. Bis zu 8 Jahren gehörten dem Verbands 81,1 Proz. der Mitglieder an, 8 bis 10 Jahre 9,0 Proz., 10 bis 15 Jahre 7,5 Proz., 15 bis 20 Jahre 2,0 Proz. und 20 bis 25 Jahre 0,4 Proz. Länger als 25 Jahre gehörten dem Verbands 26 Mitglieder an, deren Namen auf einer Ehrenliste als Veteranen des Verbandes im Verbandsorgan aufgeführt sind. Die Drehsler stellen den höchsten Prozentsatz der älteren Mitglieder mit einer Mitgliedschaftsdauer über acht Jahre. Von den 4769 Drehslern im Verband sind 26,7 Proz. länger als 8 Jahre organisiert. Dann folgen die Tischler mit 24,8 Proz., die Parkettisler mit 23,1 Proz., die Korbmacher mit 20,9 Proz. und die Knopfmacher mit 19,4 Prozent. Alle anderen Branchen bleiben hinter dem Gesamtdurchschnitt von 18,9 Proz. zurück.

Die Fluktuation der Mitglieder ist 25,4 Proz. immer noch eine hohe; sie ist aber bei weitem nicht mehr so hoch wie früher, wo sie 50 Proz. und mehr betraf. Ein gutes Zeichen für ein tieferes Erlaffen des Organisationsgedankens unter den Arbeitern!

Der sozialdemokratische Parteitag wird vom 12. bis 18. September in Leipzig tagen. Auf der Tagesordnung stehen, abgesehen von den geschäftlichen Sachen, folgende Punkte: Maifeier (Berichterstatter: R. Richter), Reichsversicherungsordnung: a) Allgemeine und Krankenversicherung (G. Bauer), b) Unfallversicherung (R. Schmidt), c) Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung (Kuije Fiebig); Internationaler Kongress in Kopenhagen (P. Singer). — In der Parteipresse wird außerdem noch die „Landarbeiterfrage“ sowie die „Finanzreform“ als besondere Verhandlungsgegenstände gewünscht. Für das erste Thema dürfte eine besondere Konferenz bessere Arbeit leisten können, während um die „Finanzreform“ wohl einer besonderen Behandlung wert erscheint, um die günstige Propagandagelegenheit für unsere Auffassung nachdrücklich zu unterstützen.

Gemeingefährliche Streikbrecher. Eine räupel-hafte Gesellschaft sind die Streikbrecher der Berliner Buffetislerlei Saalfeld in Helmstedt. Vor einiger Zeit haben die Streikbrecher einem Streikenden durch einen Revolverhieb Verletzungen an der Brust beigebracht. In der Nacht zu Montag hat in den Straßen der Stadt wieder eine Revolververchieberei der Streikbrecher stattgefunden, die den Eindrud machte, als ob es sich um eine reguläre Schlacht handelte. Der „reichsvaterländische“ Arbeiterverein (gelbe Gewerkschaft) hatte, wohl zu Ehren der Saalfelder Streikbrecher — ein Sommerfest veranstaltet, zu dem diese nützlichen Stützen des Staates — mit Revolvern bewaffnet — erschienen waren. Nachts zwischen 12 und 1 Uhr gab diese Gesellschaft in den Straßen der Stadt wohl an die 20 Revolverhiebe ab, sodaß die Bewohner erschreckt aus dem Schlafe aufwachen. Bei einer sich entwickelnden Schlägerei verletzten die Streikbrecher einen Arbeiter durch einen Revolverhieb an der Schulter. In ihrem blinden vaterländischen Alkoholrausch streckten sie selbst einen ihrer arbeitswilligen Kollegen durch einen Stoß in das Knie nieder. Einem Bäckermeister wurde das Fenster eingeschossen. Am Montag Mittag suchten einige dieser nationalen Elemente abermals Personen und Streikposten zu überfallen. Die Polizei weiß, daß die Streikbrecher mit Revolvern bewaffnet sind, sie muß doch auch diesen Unfug sehen und hören, den diese mit den Mordhandwerkzeugen treiben; es fällt ihr aber nicht ein, die Streikbrecher zu entwaffnen.

Internationale Streikbekämpfung. Die Arbeiter der vereinigten Werke von Bont-a-Mousson an der französisch-deutschen Grenze sind in den Ausstand getreten. Die französische Polizei ist angewiesen, alle Versammlungen unter freiem Himmel, die an den Grenzen geplant sind, unter allen Umständen zu verhindern. Damit nun nicht ein Uebertritt der Versammelten auf deutsches Gebiet erfolgen kann, hat die deutsche Grenzpolizei Vorkehrungen getroffen, dies zu verhindern.

Literatur.

Herzliche Grüße. Geschichten von Stefan Großmann, Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis broschiert 2 Mt.; elegant gebunden 2,80 Mt.

Eine Sammlung tief empfundener Erzählungen aus dem sozialen Alltagsleben. In plastischer Darstellung stehen die Menschen vor uns, von denen der bekannte Autor die kleinen Freuden und Leiden des alltäglichen Kampfes mit inniger Anteilnahme zu schildern weiß. Was uns täglich umgibt und unbeachtet an uns vorüberflutet, gewinnt in diesen Stützen Leben und Gestalt. — Wir veröffentlichen gelegentlich als Leseprobe eine dieser Geschichten.

Arbeiter-Gesundheits-Kalender 1910. Der über 100 Seiten starke Kalender bietet eine Fülle interessanter Materials und praktischer Ratsschlüsse. Mit Beiträgen von Parteigenossen und hervorragender Ärzte ausgestattet, mit 4 vielfarbigen Tafeln (1 Bakterien und Bazillen, 2. Fieberhafte Hautausschläge, 3. Brüche und Bruchbänder, 4. Heilpflanzen) und einer großen Anzahl von Original-Illustrationen versehen, bietet der Kalender u. a. folgende Artikel: Bakterien und Bazillen, Herzliche Ratsschlüsse für die junge Mutter, Muskelrheumatismus, berufliche Gesundheitsstörungen, die arbeitende Frau und der Alkoholismus usw. Im ganzen genommen, ein im wahren Sinne des Wortes geschriebener Volkskalender, der turmhoch über der üblichen „Mach-Volkskalender“-Flut steht und für dessen Anschaffung das Geld wirklich nicht hinausgeworfen ist. Zu wünschen wäre allerdings, daß in der Druckerei mehr Sorgfalt auf die technische Ausführung des Kalendariums verwendet worden wäre. Der Preis beträgt 50 Pf. In allen Parteibuchhandlungen vorrätig. Verlag der Süddeutschen Volksbuchhandlung G. m. b. H., München, Seubingerstraße 20.

„Arbeiter-Jugend.“ Die sieben erschienenen Nr. 11 hat u. a. folgenden Inhalt: Die deutsche Fortbildungsschule. Von Jul. Hoffmann-Kaiserslautern. — Wäpfer? Fortsetzung des Zwiegesprächs über die Reichsfinanzreform. — Wäpfer von der Walze. — Das Werden im Weltall (Fortsetzung). Von F. Vinte. (Mit Illustrationen.) — Eine gewerkschaftliche Lehrlingsorganisation (Schluß). Von Paul Barthel. — Ein Jesuitenstückchen. — Vom Kriegsschauplatz. — Aus der deutschen Jugendbewegung. — Ausländische Jugendbewegung usw. — Beilage: Sonntagmorgen. Gedicht von A. M. — Weis recht war. Eine Geschichte aus dem Wald. Von A. Ger. — Wie ich ein feiner Kerl wurde. Erzählung von Adolf Ernst. — Welt und Wissen. — Der rechte Barbier. Gedicht von A. von Chamisso.

Versammlungskalender.

Leipzig. Mitgliederversammlung am Sonnabend, den 17. Juli 1909 um 1/2 Uhr abends im Pantheon, Dresdnerstr. 20. Tagesordnung: 1. Diskussion über den Mißbrauch mit der Tarifgemeinschaft. 2. Vierteljährlicher Geschäftsbericht des Vorstehenden. 3. Verbandsangelegenheiten.

Adressenveränderungen.

Düsseldorf. Vorsitzender: Johannes Lange, Düsseldorf, Herresheimerstr. 44, 2 Tr. Kassierer: Gustav Stecher, Klosterstr. 134.

Wiesbaden. Vorsitzender: Arno Zimmermann, Wellrichstraße 4, 2 Tr.

Briefkasten.

Im mehrere Einfender. Wir bitten dringend, den wiederholten Hinweis, daß Manuskripte nur einseitig geschrieben werden dürfen, zu beachten. — **St.-e, Leipzig.** Da Veränderungen notwendig sind, können wir die „Unternehmer-Intelligenz“ erst in nächster Nummer bringen. — **S.-Stuttgart.** Senden Sie das avisierte ein. Gruß.

Am Donnerstag morgen 6 1/2 Uhr entschließ nach langem schweren Leiden unsere Kollegin
Emma Grieben
(S. G. König & Ehardt)
im 32. Lebensjahre.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr
die Bahnhalle Hannover.

Beilage zur „Solidarität“

Dr. 27.

Berlin, den 3. Juli 1909.

15. Jahrgang.

Die deutschen Arbeitersekretariate im Jahre 1908.

(Schluß.)

Seit dem Jahre 1901 wurden von den Arbeitersekretariaten insgesamt 2446808 Auskünfte und Rechtshilfen geleistet, davon entfallen auf die Arbeiterversicherung 725 134 (29,6 pCt.), auf Bürgerliches Recht 711 822 (29,1 pCt.), auf Arbeits- und Dienstvertrag 585 919 (15,8 pCt.), auf Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 280 096 (11,4 pCt.), dann folgen Strafrecht mit 171 158 (7,0 pCt.), Arbeiterbewegung mit 43 861 (1,8 pCt.), Privatversicherung mit 23 369 (1,2 pCt.), Handels- und Gewerbesachen mit 11 104 (0,5 pCt.) und Vereins- und Versammlungsrecht mit 4470 (0,2 pCt.), 75 757 (3,1 pCt.) sind dann noch unter Sonstiges verzeichnet.

82 Sekretariate hatten in zusammen 4264 Fällen persönliche Vertretungen übernommen, gegen das Vorjahr ein Mehr von 1089 Fällen, die Steigerung beträgt also 34,3 pCt., eine Tatsache, die als sehr erfreulich bezeichnet werden kann. Wenn auch die Zahl der berichtenden Sekretariate eine Zunahme erfahren hat, so ist doch, wie Vergleiche mit dem Vorjahre ergeben, die Gesamtsteigerung im wesentlichen auf die Steigerung in den einzelnen Sekretariaten zurückzuführen. Von den 4264 Vertretungen wurden wahrgenommen: vor dem Schiedsgericht für Arbeiterversicherung 2208 (51,8 pCt.), dem Reichs- bzw. Landesversicherungsamt 462 (10,8 pCt.), dem Gewerbe- bzw. Kaufmannsgericht 799 (18,7 pCt.), dem Amtsgericht 562 (13,2 pCt.) und den Verwaltungsbehörden und Gerichten 169 (4,0 pCt.).

Die Zahl der von 75 Sekretariaten wahrgenommenen Termine beträgt 4294. Der Ausgang der von 71 Sekretariaten vertretenen Rechtsfälle wurde insgesamt in 14 488 Fällen bekannt, davon waren 10 466 oder 72,3 pCt. erfolgreich, 4017 oder 27,7 pCt. erfolglos.

Die Gesamteinnahme der berichtenden Sekretariate betrug 453 157 Mk., welcher eine Gesamtausgabe von 410 435 Mk. gegenübersteht. Die Gesamteinnahmen verteilen sich in 126 841 Mk. aus den Kartellkassen, 111 925 Mk. aus Beiträgen der beteiligten Organisationen, 153 496 Mk. aus den laufenden Beiträgen der Mitglieder, 38 419 Mk. waren Zuwendungen von Parteiorganisationen, Genossenschaften und anderen Arbeiterunternehmungen, 22 476 Mk. waren sonstige Einnahmen. Unter den Zuwendungen befinden sich 5330 Mk. aus Staats- und Gemeindegeldern, welche für die Sekretariate Bant, Coburg und Gotha gezahlt werden. Ferner sind in dieser Summe Zuschüsse von der Generalkommission 18 607 Mk., Zuschüsse von Parteiorganisationen 10 485 Mk. enthalten.

Das selbe erfreuliche Bild des Wachstums wie die Sekretariate bieten uns auch die Auskunftstellen; ihre Zahl stieg von 132 im Jahre 1907 auf 157 im Jahre 1908. Die Frequenzzahl weist 1908 die größte Steigerung auf, die in den letzten Jahren zu verzeichnen war.

Die Zunahme der erteilten Auskünfte betrug 1906: 1595 oder 7,7 pCt., 1907: 4105 oder 18,5 pCt. und 1908: 10 346 oder 39,4 pCt. Die unentgeltliche Auskunfterteilung erfolgte in 128 Orten an alle Auskunftsuchenden, in 29 Orten nur an Gewerkschaftsmitglieder und deren Angehörige. Neben der Auskunfterteilung befassen sich die Auskunftsbureaus auch mit der Abfassung von Klagen, Refurzen, Beschwerden und anderen schriftlichen Arbeiten; es werden solche von 144 Auskunftstellen übernommen. Von den 36 618 erteilten Auskünften sind für 8535 keine Angaben dahin gemacht, auf welche Gebiete sie entfallen. Die einzelnen Gebiete der Auskunfterteilung gruppieren der Zahl der er-

teilten Auskünfte nach wie folgt: Arbeiterversicherung 8616, Bürgerliches Recht 5052, Arbeits- und Dienstvertrag 4386, Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 3750, Strafrecht 1776, Arbeiterbewegung 1412, Privatversicherung 606, andere Angelegenheiten 2485.

Was in bezug auf den Wert und die Bedeutung der Sekretariate gesagt worden ist, trifft auch, gewissermaßen en petit, auf die Auskunftstellen zu; sie sind dort der Fadelträger, wo es infolge der nicht genügenden gewerkschaftlichen Organisation nicht möglich oder nicht ratsam war, ein Sekretariat zu errichten. Zu beachten ist, daß durch die Statistik der Sekretariate und Rechtsauskunftstellen der Gewerkschaftskartelle keineswegs die gesamte Rechtsauskunfterteilung, die von den gewerkschaftlichen Organisationen gewährt wird, dargestellt ist. Es fehlen in dieser Statistik die Angaben über die Rechtsauskünfte und Rechtshilfe, welche von den Angestellten der Zweigvereine der Zentralverbände den Mitgliedern gewährt wird. Diese Auskunfterteilung und Rechtshilfe ist besonders in den größeren Zweigvereinen, in denen besoldete Beamte tätig sind, überaus umfangreich, und dürfte die Auskunfterteilung, welche von den Rechtsauskunftstellen der Kartelle erfolgt, an Umfang überholen.

Wie sich die Tätigkeit der Sekretariate und Auskunftstellen zusammengenommen von 1907 bis 1908 entwickelt hat, zeigt nachfolgende Darstellung:

Zahl der Arbeitersekretariate und Auskunftstellen in den Jahren	Gesamtzahl der erteilten Auskünfte und Fälle der Rechtshilfe		Zunahme der Auskünfte gegen d. Vorj.		
	1907	1908			
Arbeitersekretariate	96	103	488 213	515 039	76 826
Auskunftstellen	132	157	26 272	38 618	10 346
Zusammen	228	260	484 485	551 657	87 172

Wie ersichtlich hat sich die Zahl der Orte, in welchen Einrichtungen für Auskunfterteilung und Rechtsbeistand vorhanden waren, um 32 und die Zahl der erteilten Auskünfte oder Rechtshilfen um 87 172 vermehrt.

Gegnerische Arbeitersekretariate und Rechtsauskunftstellen waren zu ermitteln: 98 katholische Sekretariate und 83 katholische und evangelische Volksbureaus und Rechtsauskunftstellen. Für die Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine werden 8 Arbeitersekretariate und 42 Rechtsauskunftstellen und Auskunftsbureaus angegeben. Unter letzteren 42 Auskunftstellen befinden sich aber nicht weniger als 23, welche von einem einzelnen Verbandserrichtet worden sind und welche nur an die eigenen Mitglieder Auskunft erteilen. Derartige Auskunftstellen werden bei den Zentralverbänden als selbständige Auskunftstellen, wie an anderer Stelle schon bemerkt, nicht gezählt.

Ferner wurden ermittelt 22 gemeinnützige Rechtsauskunftstellen und 59 kommunale oder staatliche Rechtsauskunftstellen. Frauen-Rechtsauskunftstellen waren nach dem „Reichsarbeitsblatt“ 1907 74 vorhanden. Es bestanden also neben den Rechtsauskunftstellen der freien Gewerkschaften zusammen 386 Einrichtungen, welche Rechtsauskunft erteilen und Rechtshilfe gewähren; in welchem Umfange diese als Sekretariate oder Rechtsauskunftstellen im Sinne unserer Statistik zu bezeichnen sind, entzieht sich einer genaueren Kontrolle.

Um aber jeder irrigen Beurteilung zu begegnen, sei bemerkt, daß die Aufzeichnungen über die gegnerischen Sekretariate und Auskunftstellen nicht unter dieselbe kritische Lupe genommen werden dürfen als die der freien Sekretariate und Auskunftstellen. Die uns durchaus erklärliche Scheu unserer Gegner gegen die Statistik beeinflusst

auch ihr Verhalten bei Aufzeichnungen über die Rechtsauskunftstellen. Die bisher veröffentlichten Aufzeichnungen aller Richtungen sind äußerst mangelhaft.

Zahlen für 1908 über die Frequenz dieser Rechtsauskunftstellen sind, mit Ausnahme der für die Hirsch-Dunderschen Rechtsauskunftstellen, zurzeit nicht vorhanden. Die Veröffentlichungen der Hirsch-Dunderschen Auskunftstellen und Sekretariate erstrecken sich nur auf 34 von 50 vorhandenen Rechtsauskunftstellen. Diese erteilten insgesamt 15 332 (1907 13 470) Auskünfte, fertigten 4875 (1907 3422) Schriftsätze an und übernahmen 546 (1907 619) persönliche Vertretungen. Der Vollständigkeit halber wollen wir nicht verschweigen, daß in der Tabelle der Hirsch-Dunderschen Statistik, wofolbst neben den Gesamtzahlen eine Einzelbarstellung der erteilten Auskünfte gegeben wird, 656 in „Gewervereinsangelegenheiten“ und 172 „Agitation des Sekretärs“ betreffende Auskünfte der Gesamtzahl mit eingerechnet sind. Trotz der aus den Veröffentlichungen der Gegner hervortretenden Tatsache, daß die gegnerischen Rechtsauskunftstellen weder an Zahl noch an Frequenz ziffer an die unsrigen heranreichen, sollen wir dieselben sowie ihren Entwicklungsgang ständig beobachten, da diese Rechtsauskunftstellen nicht lediglich dem Rechtsschutz, sondern neben diesem der Verbreitung des „christlichen oder nationalen Gedankens“ dienen sollen, dazu dienen sollen, der verdamnten roten Gesellschaft das Wasser von der Mühle zu nehmen. Von diesem Gedanken getragen, sind auch einige politische Vereine an die Gründung von Auskunftstellen herangegangen. Ein Verein befindet sich darunter, dessen Namen in Verbindung mit dem Worte Rechtsauskunftstelle man nur gebrauchen kann, wenn man der Rechtsauffassung des größeren Teiles des deutschen Volkes Zwang antut. Wir meinen die „Rechtsauskunftstelle des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie“, wie man es an der einen, oder das „Baterländische Volksbureau“, wie man es an der anderen Stelle getauft hat. Die Zahlen über diese Einrichtungen sind, soweit solche vorliegen, unvollständig, haben auch schließlich hier keinen Ort.

Uebersichten wir zum Schluß das Ganze, so erkennen wir trotz der Krise ein Bild voll Kraft und mühevollen Schaffens in den Reihen der organisierten Arbeiterschaft, ein stetes Vorwärtsschreiten trotz aller Gegnerschaft. Daß es stets so sein wird, dafür sorgt die in der Klassenbewußten Arbeiterschaft vorhandene Energie und die Unbeflegbarkeit der Ideen, von der die freien Gewerkschaften getragen sind.

F. Guttschmidt.

Korrespondenzen.

Augsburg. Versammlung am 19. Juni. Der neugewählte Vorsitzende Kollege Jörg eröffnete um 1/29 Uhr die stark besuchte Versammlung, worauf 4 Kolleginnen aufgenommen wurden, die er in unserer Mitte herzlich willkommen hieß und ihnen auch ans Herz legte, fleißige, kampfesprobe und opferwillige Mitglieder zu werden. Nachdem das Protokoll verlesen und genehmigt war, gab der Vorsitzende einen sehr ausführlichen Kartellbericht. Sodann machte er die Mitteilung, daß am 3. Juli eine große allgemeine Agitationsversammlung gemeinsam mit den Buchbindern stattfindet, in der unser Gauleiter sowie der der Buchbinder referieren werden. Es ist Pflicht der gesamten Kollegenschaft, für die Versammlung zu agitieren und für einen guten Besuch Sorge zu tragen. Der Auszug des Münchener graphischen Kartells nach Kaufbeuren wurde noch angeregt, an dem auch die Augsburger Lithographen und Steinbrüder sowie Buchbinder teilnehmen. Es erklärten sich auch einige Mitglieder bereit, am 1. August mit nach Kaufbeuren zu fahren. Der Vorsitzende machte noch die Mitteilung, daß die Unterstützung jeden Samstag Abend von 6-7 Uhr beim Kassierer

ausbezahlt wird, bei Krankheit auf Vorzeigung des Krankenscheines und bei Arbeitslosigkeit mit der Invalidenrente. Der Austritt einiger Mitglieder bei der Firma Schöber wurde einer längeren Kritik unterzogen, dieselben taten den Ausspruch: Der Verband hat keinen Wert usw., trotzdem die Bewegung im November in den Buchdruckereien bewiesen hat, daß durch die Organisation etwas erreicht werden kann. Die betr. Mitglieder erhielten auf das Vorstellwerden unseres Gauleiters und Vorsitzenden sämtlich eine Lohnzulage von 50 Pf. und 1 Mk. Ein Brief von der neugegründeten allgemeinen Bauingenieurgesellschaft gelangte noch zur Verlesung, worauf Kollege Barth dahin wirkte, daß sich auch unsere Kollegen dieser Genossenschaft anschließen, die es auch der Arbeiterschaft ermöglicht, bei der in Augsburg herrschenden Wohnungsnot und Elend eine billige, schöne und in hygienischer Hinsicht gut eingerichtete Wohnung zu erhalten. Der Vorsitzende forderte in einem kräftigen Schlußwort die Mitglieder auf, fest zu agieren, um dem Verband immer wieder neue Mitglieder zuzuführen und auch fleißig unser Verbandsorgan zu lesen und auch Abonnent unserer Arbeiterpresse, der Schwäbischen Volkszeitung, zu werden, denn Wissen ist Macht. Somit war Schluß der Versammlung und die Kollegenchaft blieb noch einige gemüthliche Stunden beisammen.

Dresden. Am 22. Juni fand bei Adam eine öffentliche Mitgliederversammlung statt. Als 1. Punkt der Tagesordnung hielt Kollege Paul Herrmann einen Vortrag über „Die Unfallversicherung“. In seinen Ausführungen ging er besonders darauf ein, wie schwer es oft ist und unter welchen Umständen es manchmal erst möglich ist, eine Unfallrente zu erlangen. Viel Schuld dabei trage oft der Geschädigte selbst, da durch die Unwissenheit viel Unfälle nicht als solche beachtet werden, deren Folgen erst später eintreten. Aufgabe der Versicherer sei es, jeden Unfall und sei er noch so gering, so bald als möglich und wenn möglich mit Angabe von Zeugen zu melden. Denn es ist bekannt, daß die Arbeitgeber so oft belügen zu sagen, es ist Fahrlässigkeit des Verunglückten gewesen, dabei hat es vielleicht an den nötigen Schutzvorrichtungen gefehlt. Redner empfiehlt in solchen Fällen die Arbeitersekretariate in Anspruch zu nehmen, dadurch ist schon viel getan und manchem zu seinem Recht verholfen worden. Dann ging er noch auf die procentuale Berechnung der Rente auf die einzelnen Gliedmaßen und der Hinterbliebenen-Rente ein. Ferner seien die Berufs-genossenschaften, deren es gegen 114 gibt, an der Arbeit, die kleinen Renten bis 25 Proz. möglichst ganz zu streichen. Am Schluß seines lehrreichen Vortrages wurde ihm reichlich Beifall gezollt. Alsdann gibt Kollege Wente noch einige praktische Rinde und Aufklärung hierzu. Der 2. Punkt der Tagesordnung, Wahl einer Vergütungskommission, wurde des schwachen Besuches wegen vertagt. Die Kollegen der Firma Stengel u. Co. führen Beschwerde über das unkollegiale Verhalten untereinander; es soll dies in der nächsten Geschäftsversammlung, wozu die dortigen Kollegen für guten Besuch zu sorgen haben, geregelt werden. Franz Herrmann gibt bekannt, daß uns von der Zigarettenfabrik Penzke auf Ansuchen nochmals 150 Karten zur Beschäftigung auf Sonntag, den 22. August, übermittelt worden sind. Die Verteilung der Karten findet Sonnabend, den 21. August, im Bureau abends von 7-8 Uhr statt. Zu der ersten Beschäftigung für Sonntag, den 15. August, werden die Karten Sonnabend, den 14. August, zur selben Zeit ausgegeben, aber nur an jedes Mitglied eine. Ferner sind die Theaterbillets zu den Volksvorstellungen im Residenztheater beim Gewerkschaftsstartell der ersten Tage der Woche zu haben, ebenso auch Eintrittskarten zum Zoologischen Garten. Alsdann teilt er noch mit, daß die Verwaltung beschlossen habe, im Juli die Versammlung ausfallen zu lassen, wogegen keine Einwendung gemacht wurde. Alsdann erfolgte Schluß der mäßig besuchten Versammlung.

Leipzig. Die Zahlstelle Leipzig hielt am 19. Juni im Pantheon eine Versammlung ab, in der zunächst Kollege Schulze Bericht über den jetzigen Stand der Vorarbeiten zum Kinder- und Sommerfest gab. Besonders empfahl er die Annahme von Pflichtprogrammen, da durch diese der Preis für das Fest im allgemeinen auf der niedrigen Höhe von 15 Pf. für Eintritt gelebt werden könne. Durch die Annahme der Pflichtprogramme sei auch das Komitee in der Lage, den Kindern der Mitglieder ohne Entziehung verschiedene Ueberrassungen und Geschenke zu bieten. Ferner empfiehlt der Referent den Tanzpreis in den beiden

kleinen Sälen, die uns zur Verfügung stehen, auf 50, resp. 30 Pf. festzusetzen. Desgleichen wäre es sehr zweckmäßig, wenn für die Beteiligung der Kinder von Nichtmitgliedern an den Spielen und Geschenken ein Entgelt von 20 Pf. erhoben würde. In der Diskussion sprachen sich die meisten Redner im Sinne der Vorschläge des Komitees aus. Die Abstimmung ergibt die Annahme der Vorschläge gegen eine verschwindende Minorität. Wie in den vorhergehenden Jahren, so soll auch in diesem Jahre ein Herbstfest stattfinden. Redner empfiehlt für dieses Jahr den neugebauten Volkshausaal zu benutzen, welcher für den 16. 10. und 13. 11. noch frei ist. Dem Herbstfeste wird in der vorgeschlagenen Form zugestimmt. Zum 2. Punkt spricht Kollege Wolken über die Einführung einer Kartothek. Redner erläutert eingehend den Zweck und die Notwendigkeit der Einführung dieses Systems. Er habe sich zu diesem Zwecke, um Meinung und Auskunft zu hören, an den Hauptvorstand gewandt. Dieser habe in einer Sitzung beschlossen, dem Antrage nachzukommen und den Druck der Karten zu übernehmen. Bei der Anwesenheit der Vorsitzenden am 18. Mai sei nochmals darüber beraten worden, doch leider bis zur Stunde noch keine Antwort eingegangen, wie weit die Herstellung gegeben sei und wie hoch die Kosten der ganzen Anschaffung sich stellen würden. In der folgenden Diskussion kommt allgemein zum Ausdruck, daß die Einführung dieses Systems sehr zweckmäßig sei und dem Kassierer die Arbeit sehr erleichtere. Doch da dies zunächst noch ein Versuch ist, so solle doch der Hauptvorstand die ersten Kosten für die Anschaffung tragen. Es geht ein Antrag ein, von einem Beschluß über den Kostenpunkt abzusehen und diesen zu vertagen, bis die Antwort vom Hauptvorstand eingegangen ist. Der Antrag wird angenommen. Hierauf hielt Buchdrucker Bruchardt einen Vortrag über „Der Mißbrauch mit der Tarifgemeinschaft“.

(Aus taktischen Gründen haben wir den Inhalt dieses Vortrages aus dem Bericht gestrichen. Da eine Diskussion über den Punkt in der nächsten Versammlung gepflogen werden soll, wird Gelegenheit genommen werden, auf die Sache noch zurückzukommen. Redaktion.)

Mann i. B. Am 16. Juni fand eine öffentliche Versammlung der hier beschäftigten Buchdrucker-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen statt, zu welcher auch die Gehilfen eingeladen waren, von denen aber keiner erschien. Sie halten es jedenfalls unter ihrer Würde, sich mit dem ungelerten Personal zusammen zu legen und über Organisationsfragen zu beraten. Natürlich werden wir sie in Zukunft nicht mehr beschäftigen. Kollege Roth hielt einen Vortrag über Rechte und Pflichten unserer Mitglieder, in welchem er die einzelnen Bestimmungen des Statuts erläuterte, die Beitrags- und Unterstützungsrichtungen besprach und auf den Wert unserer Verbandszeitung hinwies. In eingehender Weise schilderte der Redner die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation und führte deren Nutzen für die Mitglieder an der Hand zahlreicher Beispiele aus dem Leben den Anwesenden vor Augen. Lebhafter Beifall wird dem Redner für seine Ausführungen zuteil und es meldeten sich nach dem Vortrage 2 Kolleginnen und 6 Kollegen zur Aufnahme in den Verband. Kollege Roth forderte die Neueintretenden auf, treu und fest zum Verbands zu stehen und zu jeder Zeit für ihre und die Interessen der Allgemeinheit kraftvoll einzutreten. Hierauf wurden nach kurzer Diskussion einige Mitteilungen des Verbandsvorstandes zur Kenntnis genommen. Unter Geschäftlichem wurden Klagen laut, daß die Behandlung des Hilfspersonals durch die Maschinenmeister sehr viel zu wünschen übrig lasse. Kollege Roth machte auf das demnächst stattfindende Gewerkschaftsfest aufmerksam und forderte zum zahlreichen Besuch desselben auf. Ein Antrag auf Veranstaltung eines Ausfluges durch die Vogtländische Schweiz über die Goeftalbrücke bis Reichenbach, um mit der Buidauer Kollegenchaft zusammenzutreffen, soll in der nächsten Versammlung beraten werden. Hierauf wurde die sehr gut besuchte Versammlung geschlossen.

Rundschau.

Krafftige Täuschung. Ein Schriftsteller war bei der Buchdruckerei B. Wichera in München vom 24. bis 29. Mai gegen den tarifmäßigen Wochenlohn von 29,50 Mk. in Stellung; der Seher hatte nach einer Woche das Arbeitsverhältnis ohne Einhaltung der gesetzlichen Kündigung gelöst. Darin erblickte die Firma Wichera einen Vertragsbruch und verklagte den Schriftsteller auf eine Ent-

schädigung auf Grund des § 124b der G.-O. im Betrage von 22,20 Mk. (b. i. der sechsfache Betrag des ortsüblichen Tagelohnes von 3,70 Mk.) beim Gewerbegericht. In der Verhandlung bemerkte der Beklagte, bei seiner Einstellung sei ihm versichert worden, daß die Kondition tarifmäßig sei. Doch sei von den Tarifkontrahenten über die Firma die Sperre verhängt worden wegen Nichtanerkennung eines Schiedsspruchs. Das sei ihm bei der Einstellung verschwiegen worden, weshalb er, als er davon erfuhr, das Arbeitsverhältnis sofort gelöst habe. Der Vertreter der Firma, Prokurist Carl Wichera, gab zu, daß die Sperre über seine Firma verhängt ist, doch sei dem Beklagten lediglich tarifmäßige Bezahlung zugesichert worden. Das Gewerbegericht, Vorsitzender Gewerberichter Sartorius, wies die Klage kostenfällig ab. Das Gericht steht auf dem Standpunkt, daß das Versprechen „tarifmäßige Bezahlung“ nicht in dem engen Sinne aufzufassen ist, daß die tariflichen Löhne bezahlt werden sollen, sondern daß in diesem Versprechen die Versicherung enthalten ist, die Firma sei eine tariftreue Firma im Sinne des deutschen Buchdrucker-tarifgesetzes. Da die klägerische Firma einem auf Grund des deutschen Buchdrucker-tarifgesetzes ergangenen Schiedsspruch sich nicht unterworfen hat und deshalb von beiden Tarifkontrahenten die Sperre verhängt wurde, hat sich die Firma durch das Versprechen „tarifmäßiger Bezahlung“ einer arglistigen Täuschung schuldig gemacht, weil bei dem Beklagten dadurch die unwahre Meinung erweckt wurde, die Klägerin stehe auf dem Boden des Tarifvertrages. Auch darin erblickt das Gericht eine Täuschung, daß die Klagerpartei dem Beklagten das Bestehen der Sperre verschwiegen hat. Da fast alle Buchdrucker und auch die größte Zahl der Buchdruckereien in einem Tarifverbande stehen, mußte der klägerische Firmeninhaber wissen, daß ein organisiertester Buchdrucker bei ihm nicht Arbeit nehmen darf, ohne sein ganzes weiteres Fortkommen zu erschweren. „Münderer Post.“

Ein Schritt auf dem Wege zur Versammlungsreform. Wie „Die Gewerkschaft“ mitteilt, hat die Kölnner Volkshausverwaltung den Vorständen der Arbeiterorganisationen eine Aufstellung der Mietpreise gehen lassen, die für die einzelnen Zimmer und Säle bezahlt werden müssen, wenn nicht serviert wird. Sie hat damit den immer lebhafter werdenden Wünschen nach dem Abschaffen des störenden Servierens während der Versammlung Rechnung getragen. Die Mietpreise schwanken zwischen 1 Mk. und 40 Mk. (großer Saal einschließlich Heizung und Beleuchtung) und sind verhältnismäßig so niedrig, daß sofort in die Augen springt, wie sehr sich — abgesehen von der erhöhten Aufmerksamkeit — das heute gerade für die regelmäßigen Besucher so kostspielige Versammlungsleben verbilligen ließe, wenn die Organisationen dazu übergingen, Miete zu zahlen und so das Servieren auszuhalten. Die Aufstellung des Kölnner Volkshauses zeigt, daß der Beitrag für die Miete auf das einzelne Mitglied im ganzen Jahre nur soviel betragen würde, wie jetzt bei 3-4 Versammlungen auszugeben gezwungen ist. Selbstverständlich würde das neue System auch die finanzielle Seite der Volkshäuser günstig beeinflussen, die jetzt nur zu häufig — man denke an die Krise und die Arbeitslosigkeit — bei schlechtem Versammlungsbesuch die Kosten für Beleuchtung und Heizung der Räume nicht herauszuschlagen können. Es wäre zu begrüßen, wenn die Arbeiterorganisationen dieser Frage einmal ihre Aufmerksamkeit schenken würden. Gerade das Ausshören und Ausfragen des Bieres während der Reden verursachen fast unerträgliche Störungen für den Redner und die Zuhörer.

Tabakarbeiterkonferenz in Dresden. In Dresden fand eine Konferenz der sächsischen Tabakarbeiter statt, an der 59 Delegierte aus 52 Zahlstellen teilnahmen. Der Verbandsvorsitzende Genosse Reichmann sprach zunächst über die Tarifverträge und Minimaltarife und legte einen Minimaltarif vor, der von der Versammlung akzeptiert wurde. Dieser Tarif soll in den Betrieben vorgelegt werden, in denen jetzt noch schlechtere Arbeitsbedingungen herrschen. Dabei führte er aus, daß es in Sachsen 512 Betriebe mit 13 082 Arbeitern gäbe; davon seien 935 weibliche. Der Durchschnittsberdienst betrage pro Jahr 614 Mk. Zum 2. Punkte: Arbeitsnachweis, referierte der Gauleiter des Tabakarbeiterverbandes in Sachsen Wenzel. Es wurde beschlossen, einen Zentralarbeitsnachweis der Tabakarbeiter in Dresden zu errichten.

Arme Aktionäre. Nach der „Zeitschrift“ beschloß die Generalversammlung der Münderer graphischen Kunstanstalt F. Bruchmann u. Co., 20 Prozent Dividende zur Auszahlung zu bringen.